

*Redemanuskript von Wolfgang Dominik,
Vorstandsmitglied VVN - BdA Bochum
am 8. Mai 2017 - Jahrestag der Befreiung
beim Rundgang auf dem Bochumer Friedhof am Freigrafendamm
zu den Gräbern der Opfer von Krieg und Faschismus*

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

der Ehrenrundplatz ist ursprünglich von der VVN initiiert worden. Es wurde immer wieder von Antifaschist_innen gefordert, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus zum gesetzlichen Feiertag zu machen und den hätte „man“ hier am Ehrenrundplatz begehen können. In anderen Ländern ist der Tag der Befreiung vom Faschismus durchaus ein staatlicher Gedenktag. Aber nein! In der alten und neuen Bundesrepublik soll dieser Tag möglichst vergessen sein.

Hier unter diesen Steinen liegen ermordete Antifaschisten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ihre politischen Erben heute Verfassungsfeinde genannt werden könnten.

Wie wird Mann/Frau Verfassungsfeind-in?

Der hessische Verfassungsschutz hat unsere VVN-Kameradin Silvia Gingold eine Verfassungsfeindin genannt, weil sie als VVN-Mitglied antifaschistisch engagiert ist. Antifaschismus aber wird auch vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich abgeleitet aus dem Schwur von Buchenwald, in dem es u.a. heißt:

„Wir Buchenwalder Antifaschisten.....

stellen den Kampf (gegen den Faschismus –W.D.) erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Weil das so ist, wird in Hessen behauptet, dass die VVN-BdA eine „linksextremistisch beeinflusste Organisation“ ist, die „gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ kämpft, weil die VVN „dem orthodox-kommunistischen Antifaschismus verpflichtet“ sei und eine „sozialistisch-kommunistische Diktatur“ anstrebt. Zu diesen grotesken Phantasmagorien ist wohl nur der Verfassungsschutz fähig, auch weil seine ideologischen Traditionen auch personell bis in den Faschismus zurückreichen.

Auch unser Kamerad Ulli Sander wird vom NRW-Verfassungsschutz bespitzelt. Dies steht in einem gemeinsam vom Bundesverfassungsschutz und den Landesverfassungsschutzämtern herausgegebenen Dossier. „Dort wurde auch der Schwur von Buchenwald und der Widerstand der Kommunisten gegen Hitler als verfassungsfeindlich eingestuft.“ (Antifa Mai/Juni 2017, Beilage S. 15).

Das ist Geschichtsrevisionismus pur.

So weit es die Anklageschriften der hier in diesen Gräbern liegenden ermordeten Antifaschisten hergeben, waren die später Ermordeten schon seit Jahren Antifaschisten und als solche gegen den Krieg. Also eigentlich noch heute Verfassungsfeinde. Sie haben die Zusammenhänge von Kapitalismus und Faschismus und Krieg erkannt! Auch bedeutende geflohene Wissenschaftler wie

Max Horkheimer schrieben schon 1939: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

Auch andere erkannten damals diesen Zusammenhang:

Ich lese Auszüge aus einem anderen Text: Dieser Text ist 1947 veröffentlicht worden:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialem Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“

Was sagen wohl Verfassungsschützer zu diesem Text? Ich glaube kaum, dass sie ihn für einen Teil des Ahlener Programms der CDU halten. Das ist der Text aber.

Nicht nur der hessische Verfassungsschutz identifiziert nämlich Kapitalismus und Freiheit. Das ist zwar gegen die hessische Verfassung und gegen das Grundgesetz - interessiert aber nicht.

In den bürgerlichen Geschichtswissenschaften soll der Terminus Faschismus endgültig obsolet gemacht werden, weil er immer die Ursachen des Faschismus in einer krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus impliziert. Faschismus als eine mögliche Form bürgerlicher Herrschaft soll grundsätzlich geleugnet werden. Wer dennoch an den Zusammenhängen von Faschismus, Kapitalismus und Krieg festhält, wird kriminalisiert und verunglimpft als Verfassungsfeind.

Den Ermordeten war der Zusammenhang von Krieg und Faschismus bewusst. Gerade angesichts der gegenwärtig wieder enorm wachsenden Gefahr eines Krieges nicht nur an den Rändern Europas, sondern mittendrin, müssen wir uns immer wieder klar machen, dass Kriege nicht nur in der Psyche irgendeines durchgeknallten pathologisch narzisstischen Politikers oder auch Politikerin seine Ursachen hat, sondern vielmehr in den kapitalistischen Strukturen bestimmter Staaten, deren geoökonomische, geostrategische und geopolitische Ziele auch mit brutalsten Mitteln durchzusetzen waren und sind. Krieg als Fortsetzung der kapitalistischen Ökonomie mit anderen Mitteln – nannte das damals Kurt Tucholsky. Da brauchte „man“ noch nicht die heute inzwischen so beliebte „Erklärung“ – bis jetzt erst mal nur für den 1. Weltkrieg –Somnambulismus. Kollektiv seien die Politiker Europas von dieser Schlafwandlerkrankheit überfallen worden und so als Schlafwandler irgendwie in den Krieg geraten.

Dass Krieg die Fortsetzung der kapitalistischen Politik mit anderen Mitteln ist, hatten die Antifaschisten, an deren Gräbern wir stehen, nach Ansicht der damaligen Ankläger begriffen. Deswegen wurden sie als Antifaschisten ermordet.

Für uns Lebende hier ist es überlebenswichtig, auch zu begreifen, wie Faschismus und Krieg entsteht:

Deshalb:

Nie wieder Faschismus! Beendet die Kriege!

